

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 Zl. Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Bf., Deutschland 10 bzw. 70 Bf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Obergrenzegebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachstellen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 100

Bromberg, Mittwoch, den 1. Mai 1935.

59. Jahrg.

Die Tschechoslowakei vor neuen Parlamentswahlen.

(Von unserem aus Prag zurückgekehrten Redaktionsmitglied.)

Am 19. Mai wählen die in der Tschechoslowakei zu einem Staat zusammengefaßten Völker eine neue Volksvertretung. Man hatte diese Wahlen zunächst für den Herbst dieses Jahres, d. h. nach dem normalen Ablauf der Parlamentsperiode in Aussicht genommen. In einem Staate, in welchem das Volkswort der Tschechen knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung erreicht, lassen sich in innerpolitischer Hinsicht nicht für Monate im voraus irgendwelche Pläne fassen. Die Innenpolitik muß unter weiser Ausnutzung der laufenden Gelegenheiten geführt werden. Daher hat es die tschechische Regierung als ratsam angesehen, die Wahlen zum Parlament schon am 19. Mai stattfinden zu lassen. Dr. Beneš, der Faktiker, hat als der geborene politische Schulmeister Genfer Prägung seinen Ministerkollegen diesen Rat erteilt. Es ist erstaunlich und bewundernswert zugleich, mit welcher Kunstfertigkeit dieser tschechische Staatsmann, der unter der volkstümlichen Autorität seines Staatspräsidenten Masaryk dieses eigenartige Staatsschiff Versailles Bauart durch die europäische Brandung manövriert, Außen- und Innenpolitik zu einem brauchbaren Faktor zu gestalten sucht. Die Machtsphäre von Paris sendet zwar ihre besonders warmen Strahlen nach Prag. Aber was hilft es, wenn sich das Gemisch von Völkergruppen des alleinherrschenden tschechischen Staatsvolkes, der Slowaken, Ukrainer, Ungarn und nicht zuletzt der Sudetendeutschen zu keinem einheitslichen Block zusammenschweißen lassen. Der äußeren Form des tschechischen Staates fehlt noch heute, ebenso wie vor 16 Jahren, das innere überzeugende Element.

Durch alle Fährnisse der inneren Struktur haben die Beherrscher des Stadtschiffes verstanden, auf der Basis des ständig wechselnden Kräftespiels der Parteien das Schiff in der Hand zu halten. Das Triumvirat Masaryk-Beneš-Malypetr ist immer noch — wie in den Tagen von Versailles Inhalt und Ausdruck des Willens dieses Staates zugleich. Das Geheimnis war stets: Koalition.

Nach den letzten Wahlen im Jahre 1929 war die Regierungsmehrheit so stark, daß die Opposition nicht mehr ins Gewicht fiel. Wenn schließlich der Stadtschiff noch im Jahre 1934 eine Wendung nach der autoritären Staatsführung plante, so konnte dies keineswegs wundernehmen.

Nirgends aber sind die Verhältnisse so schnell wandelbar wie in ausgesprochenen Nationalitätenstaaten. Die Opposition in der Tschechoslowakei bekam Zulauf. Die Wirtschaftskrise und die oft einseitigen Formen ihrer Bekämpfung unter maßgebendem Einfluß der tschechischen Agrarier haben dazu beigetragen. Die tschechische Gewerkepartei trat aus der Mehrheit aus, die Nationaldemokraten unter der Führung des alten Panlawisten Kramarz taten das Gleiche, weil sie mit der Abwertung der Krone nicht einverstanden waren. Die Sozialdemokraten, die in die Regierung eintraten, um ein Gegengewicht gegen die Agrarier zu bilden, haben an Bedeutung stark verloren.

Die tschechischen Agrarier rissen daher den Löwenanteil des Einflusses in der Regierung an sich und bereiteten sich vor, den Sturm auf die ihrem Einflusse noch nicht unterliegende (meist deutsche) Industrie anzusehen, um dann die „autoritäre“ Regierung zu proklamieren. Im Kampf gegen das Kapital“ fanden sie sich zu einer Bundesgenossenschaft mit den Sozialdemokraten zusammen. Die Bundesgenossenschaft zweier so entgegengesetzter Brüder half nichts. Man ist wieder zur alten Methode „Koalition“ zurückgekehrt. Und nun finden am 19. Mai die Wahlen statt.

Die Gile hat ihre Begründung. Der alte Kramarz, dem man in seinem herrlich gelegenen Palais in der Nähe des Stadtschiffes bereits die wohlverdiente Ruhe gönnen wollte, ist außerordentlich rührig geworden. Er hat zusammen mit dem Wirtschaftspolitiker Hodac seiner Nationaldemokratie einen neuen Odem eingehaucht. Er hat von dem deutschen Nachbar im Norden gelernt, aber er bestreitet dies natürlich. Es genügt, wenn drei Buchstaben „N. N. N.“ (Niz nez Narod = Nichts als das Volk) eine neue zugkräftige Lösung ergeben, zu der die Jugend strömt. Dazu kommt, daß sich Kramarz jetzt sehr nationalistisch und deutschfeindlich zugleich gebärdet. Dem Sudetendeutstum ist er und seine Bewegung alles andere als wohlgesinnt. Die deutsche Universalität in Prag war bekanntlich als erstes Opfer dieser Nationalisten außersehen. Die Bewegung unter den Slowaken, besonders in der Jugend, darf nicht außer Acht gelassen werden. Man häumt sich innerlich dagegen auf, als „Brüder-volk zweiten Grades“ behandelt und von allen Staatsstellungen zurückgedrängt zu werden. Die Tschechen behaupten das Feld und verjagen den Slowaken wie allen anderen Völkern des Staates jeglichen Anteil. Der Slowakenführer Hlinka hat wiederholt die Lösung dieses Problems gefordert. Heute verlangt die slowakische Jugend fürmisch danach.

Ebenso wenig ist es dem Stadtschiff gelungen, die größte ihrer Aufgabe zu lösen: die sudetendeutsche Frage. Das alleinherrschende tschechische Staatsvolk, das bei den arm geliebten Slowaken, Ukrainern und den ungarischen Kleinbauern niemals viel Steuern eintreiben konnte, hat stets um so tiefer in die einst blühende Volkswirtschaft der Sudetendeutschen gegriffen. 3,5 Millionen Sudetendeutsche haben die Finanzen der Tschechoslowakei zum Hauptteil ge-

stützt. Es liegt nun einmal in der Natur der meisten jungen Staaten der Nachkriegszeit, aus einer merkwürdigen politischen Tendenz heraus, Quellen ihrer staatlichen Existenz zum Versiegen zu bringen. Die Politik der Tschechoslowakei richtet sich seit Jahren gegen die in den Händen der Sudetendeutschen befindlichen Industrie im Norden und Nordosten des Staates. Nicht zuletzt hat diese Tendenz den deutschen Arbeiter und Angestellten getroffen, die vielfach brotlos wurden. Die Sudetendeutschen stellen $\frac{2}{3}$ des Arbeitslosenkontingentes des gesamten Staates, obwohl das Sudetendeutstum der Zahl nach nicht ganz $\frac{1}{3}$ der Gesamtbevölkerung beträgt. Aber nach 16 Jahren nationalistischer Anstrengungen haben die geschlossen wohnenden Deutschen einen Volkszuwachs von 100 000 erfahren.

Welchen Einfluß hat das Deutstum bei den kommenden Wahlen auszuüben? Im letzten Parlament (seit 1929) waren 7 deutsche Parteien (Christl. Volkspartei, Sozialdemokraten, Bund der Landwirte, die Nationalsozialisten, die Deutschnationale, die Gewerkepartei und die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft). Die Sozialdemokraten und der Bund der Landwirte stellten bisher die beiden Minister. Die Nationalsozialistische Partei wurde bekanntlich aufgelöst.

In die Wahlzeit 1935 tritt das Sudetendeutstum nur noch mit vier Parteien, weil inzwischen einige Verschmelzungen eingetreten sind. Als größte Gruppierung dürfte wahrscheinlich die von Henlein geführte Sudetendeutsche Heimatfront (SHF) anzusehen sein. Henlein hat sich auf den Boden des Staates gestellt, er hat zugleich Forderungen erhoben, die den unbedingten Lebensinteressen des Deutstums entsprechen. Wichtig ist, daß die SHF trotz des Generalsturmes aller tschechischen Parteien und auch der deutschen Sozialdemokratie, deren Anhängerschaft stark geschmolzen ist, nicht aufgelöst, sondern

als politische Organisation von der Regierung zur Wahl zugelassen worden ist. Die kleineren deutschen Parteien haben sich der SHF angeschlossen.

Ein Opfer seiner Politik dürfte der vom Minister Spina geführte Bund der Landwirte werden. Noch vor Monaten schien es, daß eine Verschmelzung der SHF mit dem Bund der Landwirte erfolgen werde. Dies war nicht möglich. Spinas Partei ist inzwischen stark zusammengedrumpft. Die Karpathendeutsche Partei ist inzwischen eine Interessengemeinschaft mit der SHF eingegangen. Neben den Sozialdemokraten, die im Wahlkampf einen Terror auf die SHF auszuüben suchten, geht die Deutsche christl.-soziale Volkspartei selbstständig in die Wahl, betont aber als sudetendeutsches Ziel die volkspolitische Einheitsfront. Von den 72 deutschen Mandaten des Abgeordnetenhauses hofft die SHF allein mindestens 36 zu erringen.

Die tschechische Regierung wird einmal der Lösung der sudetendeutschen Frage näher treten müssen. Eine neue Koalition bereitet sich vor, die einen anderen Charakter tragen dürfte als die bisherige. Werden Masaryk-Beneš aus der Wirklichkeit heraus die Lösung in Angriff nehmen? Eine Schicksalsfrage im Herzen Europas reißt heran.

Der Name „Sudetendeutsche Heimatfront“ verboten.

Zeitungsberichten zufolge hat die Tschechoslowakische Regierung den Namen „Sudetendeutsche Heimatfront“ verboten, desgleichen ist die Verwendung des Schildes mit dem Namenszug „SHF“ untersagt worden.

Wie wir erfahren, wird die Heimatfront unter dem Namen „Sudetendeutsche Partei, Vorsitzender Konrad Henlein“ in die Wahlen gehen.

Simon-Erklärung über den Bau von deutschen Unterseebooten

London, 30. April. (D.N.B.)

Im Unterhaus wurde am Montag nachmittag die Frage gestellt, ob der Außenminister darüber unterrichtet worden sei, daß die Deutsche Regierung Anweisungen für die Kiellegung von Unterseebooten und die Wiedereröffnung der Unterseebootfabrik in Kiel erteilt habe.

Der Außenminister Sir John Simon erwiderte: „Die Deutsche Regierung hat mitgeteilt, daß Anweisungen für den Bau von 12 Unterseebooten zu je 250 Tonnen erteilt worden sind. Die Angelegenheit wird zurzeit erwoogen. Über die Unterseebootfabrik in Kiel ist keine solche amtliche Mitteilung erfolgt.“

Auf die Frage Sir Austen Chamberlains, wann die Mitteilung eingelaufen sei, erwiderte der Außenminister, er habe das genaue Datum nicht bei sich, aber er glaube, daß es der 25. April gewesen sei.

Ein Abgeordneter stellte darauf die Frage, ob der Außenminister die nötigen Schritte unternommen habe, um „diese weitere Verletzung des Versailler Vertrages“ zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen und ob man beachtliche, die Flottenbesprechungen zwischen Deutschland und Großbritannien stattfinden zu lassen.

Sir John Simon erwiderte: „Ich habe bereits gesagt, daß wir die Angelegenheit mit dem Ernst prüfen, den sie zweifelslos verdient. Ich möchte jedoch jetzt nicht gedrängt werden, heute eine weitere Antwort zu erteilen.“

Der konservative Abgeordnete Hauptmann Macdonald wies daraufhin auf neue auf die Berichte über die Wiedereröffnung der Unterseebootfabrik in Kiel hin und darauf, daß frühere deutsche Unterseebootoffiziere aufgeboten worden seien. Sir John Simon wiederholte, daß hierüber keine amtliche Mitteilung gemacht worden sei.

Der Abgeordnete Thorne fragte, ob Sir John Simon jetzt nicht glaube, daß Hitler ihm bei seinen Berliner Gesprächen nicht die ganze Wahrheit gesagt habe. Der Abgeordnete Herbert sagte: „Ist die erklärte Absicht der Deutschen Regierung, von neuem Unterseeboote zu bauen, nicht ein weiterer Beweis dafür, daß die deutsche Wiederaufrüstung in der Hauptsache gegen Großbritannien gerichtet ist?“

Der konservative Adam erklärte: „Will Sir John Simon versuchen, bevor es zu spät ist, mit den Streitmächten und möglicherweise mit Sowjetrußland Maßnahmen zu vereinbaren und zu ergreifen, um dieser einseitigen und gefährlichen Vertragsverletzung Einhalt zu gebieten?“ Der Außenminister ließ diese weiteren Fragen unbeantwortet.

Simon über die Memelnote an Litauen.

Die erste amtliche Erklärung über die neue englisch-französisch-italienische Note an Litauen in der Memelfrage wurde am Montag nachmittag vom englischen Außenminister Sir John Simon im Unterhaus abgegeben.

Simon sagte: „Mit den Regierungen Frankreichs und Italiens wurde in Stresa vereinbart, daß von den drei Mächten eine gemeinsame Mitteilung an die litauische Regierung gerichtet werden soll. Diese inzwischen übersandte Mitteilung erkennt zwar an, daß die litauische Regierung gewisse Schwierigkeiten beseitigt hat, erklärt aber, daß die gegenwärtige Lage in Memel unvereinbar mit den Bedingungen des Memelstatuts ist, in dem als Grundlage eines

Regierungssystems das Bestehen und regelmäßige Funktionieren des Landtages und eines das Vertrauen des Landtages besitzenden Direktoriums vorgesehen ist. Die litauische Regierung ist daher aufgefordert worden, diese Lage „prompt“ zu beenden und die Einsetzung eines solchen Direktoriums auf einer baldigen Sitzung des Landtages sicherzustellen.“

Der Abgeordnete Oberstleutnant Moore fragte, ob der Außenminister angesichts des unbefriedigenden Verhaltens der litauischen Behörden die Einsetzung eines Oberkommissars vorschlagen wolle, der die Signaturmächte des Völkerbundes an Ort und Stelle vertreten würde. Simon erwiderte, daß dieser Vorschlag eine Angelegenheit für den Völkerbund wäre. Als Oberstleutnant Moore noch einmal auf seinen Vorschlag, einen Oberkommissar zu ernennen, zu sprechen kam, erwiderte Simon: „Es ist meiner Ansicht nach besser, die Antwort der litauischen Regierung abzuwarten.“

Polnische Gottesdienste in Litauen gestört.

In dem litauischen Städtchen Pivashumai in Kreije Oltta, wo viele Polen wohnen, finden in den katholischen Kirchen neben den litauischen Gottesdiensten auch regelmäßige polnische Gottesdienste statt. In letzter Zeit sind diese Gottesdienste jedoch von einer offenbar systematisch vorgehenden Gruppe jugendlicher immer wieder gestört worden. Auch am Oster Sonntag drangen Störenfriede in die Kirche und zwangen die polnischen Geistlichen, den Gottesdienst abzubauen. Da die polnischen Gottesdienste genehmigt sind, herrscht in den Kreisen der polnischen Minderheit wegen dieser systematischen Überfälle eine große Besorgnis.

Dieser Tage behandelte das Kriegsgericht in Romno einen Prozeß gegen zwei Polen, die der Spionage zugunsten Polens beschuldigt wurden. Das Gericht verurteilte einen zu 12 Jahren, den anderen zu 6 Jahren Zuchthaus.

Auch noch ein Prozeß Schreiber.

Vor einiger Zeit ist gegen den ehemaligen Präsidenten des Memelländischen Landesdirektoriums Dr. Schreiber eine Unteruchung eingeleitet worden, die auf zehn ehemalige memelländische Beamte ausgedehnt wurde. Wie der mit dieser Angelegenheit befaßte litauische Untersuchungsrichter jetzt bekanntgibt, ist die Unteruchung abgeschlossen. Gegen Dr. Schreiber und die anderen der Unteruchung unterworfenen Memelländer soll ein Prozeß eröffnet werden, und zwar auf Grund des litauischen Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat. Wie das „Königsberger Tageblatt“ erfährt, soll der Prozeß bereits in aller nächster Zeit vor der Appellationskammer in Romno beginnen. Einzelheiten über die Anklage sind noch nicht bekannt.

Litwinow als Ratspräsident Das Programm der 86. Ratsitzung

Sehr zeitig veröffentlicht das Völkerbundssekretariat die Tagesordnung für die bestehende ordentliche Ratsitzung, die 86. in der Reihe der Tagungen des Völkerbundesrates. Sie wird am 20. Mai in Genf beginnen. Vorläufig bietet die Tagesordnung jedoch wenig Interessantes, abgesehen von der

Tatsache, daß diese Tagung zum ersten Male vom sowjet-russischen Außenminister Litwinow geleitet werden wird.

Die meisten Fragen der bisher 21 Punkte umfassenden Tagesordnung sind rein technischen Charakters und sehen die Berichterstattung über die verschiedenen technischen humanitären und verwaltungsmäßigen Arbeiten der Völkerbundorgane vor.

Als Punkte politischer Bedeutung hebt das „Berliner Tageblatt“ hervor, daß sich der Rat u. a.

mit dem italienisch-abyssinischen Streit beschäftigen

wird, falls bis zum 20. Mai keine Einigung über die Ernennung der Mitglieder des italienisch-abyssinischen Schiedsgerichtes erzielt wird.

Der Streitfall zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Großmächten Frankreich, England und Italien wegen der 50 Millionen Schw. Frank betragenden und noch nicht gezahlten Kriegsschulden für Schweizer Bürger, die Saarflüchtlingsfrage und die Petition Danziger katholischer Priester, werden ebenfalls vom Völkerbundrat behandelt werden. Die letzte Frage stand bereits im Januar auf der Tagesordnung des Rates, doch wurde sie verschoben, da inzwischen Verhandlungen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und den katholischen Priestern stattfinden sollten.

Der südslawisch-ungarische Konflikt befindet sich bisher noch nicht auf dem Programm der Ratstagung, weil der englische Lordsegelebewahrer Eden, der im Dezember in persönlicher Eigenschaft als Berichterstatter des Rates ernannt wurde, immer noch erkrankt ist.

Das neue deutsche Staatsbürgerrecht.

In der „Berliner Nachtausgabe“ macht Reichsinnenminister Dr. Frick Mitteilungen über das neue Staatsbürgerrecht, für das das deutsche Reichsinnenministerium eine Gesetzesvorlage vorbereitet.

Es sei selbstverständlich, führt der Minister aus, daß auch dieses Gesetz die Grundsätze des Nationalsozialismus verwirklichen werde. Das neue Staatsbürgerrecht werde einen scharfen Maßstab an jeden legen, der deutscher Staatsbürger ist oder werden will. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird in Zukunft nicht mehr allein durch die Geburt, durch einen gewöhnlichen Verwaltungsakt oder gar durch Zahlung einer Geldsumme erworben werden können, wie dies früher der Fall war, wo man die Staatsbürgerschaft etwa so wie die Mitgliedschaft eines Vereines hatte erwerben können. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird die höchste Rechte und der Staatsbürgerbrief wird die wertvollste Urkunde sein, die ein Deutscher in seinem Leben erwerben wird können. Die Staatsbürgerschaft müsse eine Ehre sein, die sich der Deutschstämmige nur durch Dienst an Volk und Staat und durch Bewährung erwerben kann.

Sie wird jedem Deutschen den Weg zu allen öffentlichen Ämtern in Partei und Staat öffnen, nur ihr Träger wird in den Kampfformationen und als Waffenträger der Nation in den Ehrenstand des Reiches eintreten dürfen, und nur er allein wird das Wahl- und Abstimmungsrecht ausüben und dadurch mittel- oder unmittelbar an der Führung des Reiches teilnehmen können.

Die deutsche Staatsbürgerschaft wird in einem feierlichen Akt und mit einer Vereidigung auf die deutsche Volksgemeinschaft, das Reich und seinen Führer verliehen und unwürdigen oder Staatsfeinden abgeprochen werden. Für den Nationalsozialistischen Staat seien die Staatsbürger nicht nur die Summe der mehr oder weniger zufällig in des Reiches Grenzen lebenden Einwohner, sie seien vielmehr die Träger des Staatsgedankens. Daher müsse die Verleihung des Staatsbürgerrechtes an bestimmte Bedingungen geknüpft werden, unter denen sich auch die Bedingung der rassistischen Zugehörigkeit zum deutschen Volke befinden werde.

Hitlers „Mein Kampf“ wieder verboten?

Auf Grund einer Gerichtsentscheidung in Katowitz wurde eine Seite von Hitlers Buch „Mein Kampf“ beschlagnahmt. Infolgedessen bleibt das Werk in Polen weiterhin verboten. In diesen Tagen haben, wie die „Lodzer Freie Presse“ meldet, Polizeibeamte in den Lodzer Buchhandlungen nach diesem Buch gefahndet.

Außerdem sind noch die folgenden deutschen Bücher in Polen verboten: Knauer's Konversationslexikon, Berlin 1934; Knauer's Weltatlas; Sania-Weltatlas von Prof. Dr. Muris und Wald; Fragen der deutschen Ostgrenze von Karl Werner, Breslau 1933; Westermanns Taschenweltatlas, Verlag E. Westermann in Braunschweig.

Auftakt in Brüssel.

Der König bei der Eröffnung der Weltausstellung Brüssel, 29. April. (DNB)

Die Brüsseler Weltausstellung ist am Sonnabend von König Leopold eröffnet worden.

Der König und die Königin, die sich in Begleitung ihres Töchterchens und des Bruders des Königs, des Grafen von Flandern, befanden, begaben sich in feierlichem Zuge, der von einer Reiterchwadron eröffnet wurde, vom Schloß Laeken zur Ausstellung. Auf dem Wege bildeten Truppen der Garnison Brüssel und Abordnungen von über tausend Vereinen Spalier.

Am Eingang des prächtig geschmückten Festsaales der Ausstellung, wo 3500 geladene Gäste Platz genommen hatten, begrüßte der Bürgermeister der Stadt Brüssel, Adolf Max, als Präsident des Organisationsausschusses der Ausstellung das Königspaar. In unmittelbarer Nähe des Königspaares hatten sich sämtliche aktiven und ehemaligen Minister, die Präsidenten der Kammer und des Senats, die Spitzen der Behörden, das gesamte diplomatische Korps, Vertreter der Geistlichkeit und der hohen Generalität eingefunden. Auf die Ansprachen des Bürgermeisters Max und des Wirtschaftsministers van Isacker antwortete der König mit einer zunächst in französischer, dann in flämischer Sprache vorgetragenen Rede, in der er mit ernsten Worten

die Notwendigkeit einer Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen in der Welt betonte. Die Feier wurde von Gesängen der Brüsseler Schuljugend umrahmt.

Im Anschluß an den Festakt erfolgte ein Rundgang durch die Ausstellung. Als der König den Festsaal verließ, fliegen mehrere tausend Brieftauben auf, um die Volksgast

Geleitwort zum Tag der Nationalen Arbeit.

Zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes stellte der Reichsbauernführer dem „Völkischen Beobachter“ das folgende Geleitwort zur Verfügung.

„Zum dritten Male feiert das deutsche Volk den Tag der nationalen Arbeit. Der Nationalsozialismus hat dem 1. Mai, diesem uralten Fest der Freude über die wiedererwachende Natur, das der Marxismus in einen Tag des Hasses und des Klassenkampfes verwandelt hatte, seinen hohen Sinn wiedergegeben und ihn zum Ehrentag aller Schaffenden und damit zum feierlichen Ausdruck engerer Volkverbundenheit gemacht. Die Arbeit ist neben dem unlöslichen Band des gleichen Blutes, das alle Deutschen umschließt, das andere Bindeglied, das den Arbeiter in der Fabrik mit dem Bauern auf dem Acker zu echter Gemeinschaft zusammenschweißt. Wie an diesem Feiertag des deutschen Volkes in allen Gauen Betriebsführer und Gefolgschaft Hand in Hand in einer Front stehen, so sollen sie auch in täglichen Schaffen zusammenwirken und den Geist der Arbeitskameradschaft und Volksgemeinschaft pflegen und mehren.“

Ein Aufruf Dr. Leys.

Der Reichsorganisationsleiter und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hat zum 1. Mai einen Aufruf erlassen, in dem er zunächst den Soldaten der Arbeit, Männern und Frauen der Deutschen Arbeitsfront, dafür dankt, daß sie durch die Vertrauensratswahlen 1935, bei denen sich 85 Prozent aller Stimmen zur Betriebsgemeinschaft und darüber hinaus zur Volks- und Leistungsgemeinschaft bekannt haben, der Welt ein überwältigendes Bekenntnis zu Adolf Hitler, dem Reichskanzler, und zum neuen Deutschland gegeben haben.

„Gewiß ist“, so heißt es in dem Aufruf weiter, „das Lohnniveau noch das alte, viel Not und Elend sind noch in unseren Reihen und doch befeuert uns alle die Hoffnung des Frühlings unseres Volkes.“

Tag der Nationalen Arbeit.

Nun laßt den Hammer und alles, was ihr schuft, und setzt den Spaten und die Art beiseit. Das Fest der Nationalen Arbeit ruft — und diesem Ruf folgt man im Feierkleid.

Nie war ein Volk so arm, wie wir es sind, nie hat ein Volk gelitten solche Not, nie so gekämpft mit Mann und Weib und Kind den Kampf für Freiheit und den Kampf um Brot.

Ihr Kämpfer, die ihr in dem Kampf ums Brot ergraut, ermüdet und ermattet seid: die Augen auf! — Ihr seht das Morgenrot... die Herzen auf! — Werft ab das lange Leid!

Die Arbeit wird ein neues Fundament, ein Pfand in eines großen Führers Hand — und jeder, der zur Arbeit sich bekennt legt einen Baustein für sein Vaterland.

Ewald Kiffing.

von der Eröffnung der Weltausstellung ins Land zu tragen. Gleichzeitig startete der Ballon „Belgica“ mit dem bekannten Ballonflieger Ernst Demyter an Bord, der auf seinem Fluge Millionen von Zetteln abwirft, die die Inschrift tragen: „Die Brüsseler Ausstellung ist eröffnet“. Während der ganzen Feier kreuzten zahlreiche Flugzeuge über dem Ausstellungslande.

Uebergriffe gegen Deutsche in Puzig.

Aus Puzig wird uns gemeldet:

In Puzig nehmen die Überfälle auf Deutsche seit Gründonnerstag abend dauernd in erschreckender Weise zu. In den letzten Tagen verging kein Abend, an dem nicht junge Deutsche von bedeutender Übermacht auf belebten Straßen und sogar auf dem Marktplatz angegriffen und zum Teil erheblich verletzt wurden. Die Überfälle sind, soweit sie ernsteren Charakter haben, der Polizei gemeldet worden. Die Täter sind zum Teil bekannt.

Deutsche Kunstausstellung in Posen.

Am Sonntag fand in Posen, im Institut der Kunst, die feierliche Eröffnung der Gemäldeausstellung „Deutsche Kunst in Polen“ unter Anwesenheit der Vertreter der polnischen Behörden statt. Als Vertreter des Deutschen Reiches waren der deutsche Generalkonsul in Posen Dr. Lütgens und Konsul Baron von Lucher erschienen. Die Ausstellung, die im Rahmen der 50. Jahrestage der Historischen Gesellschaft für Posen, stattfindet, bringt ausschließlich Arbeiten deutscher Künstler aus Polen. Es handelt sich um den ersten Versuch, — einerseits der Allgemeinheit, und hier wieder vor allem der polnischen Öffentlichkeit, einen Überblick über das künstlerische Schaffen der deutschen Sprachinseln in Polen zu geben, — andererseits den Künstlern selbst neue Anregungen zu schaffen. Die ausstellenden Maler sind zumest junge Menschen aus den verschiedensten Gegenden Polens, zum Teil Schüler polnischer Kunstakademien. Die Ausstellung enthält recht wertvolle Stücke, die Zeugnis davon ablegen, daß die junge Deutsche Kunst in Polen bereits auf einer beachtlichen Höhe steht.

Kleine Rundschau.

Deutschland gewinnt den Nationenpreis in Nizza.

Höhepunkt des internationalen Reitturniers in Nizza war der Kampf um den Preis der Nationen, für den Frankreichs Außenminister Laval einen Grenzpreis gestiftet hatte. Hierbei erwiesen sich die deutschen Reiter den Kameraden der 10 anderen Nationen überlegen und siegten im Stiefkampf mit 5,50 Fehlern vor Irland (12 Fehler) und

Es geht aufwärts!

In diesem Jahre wird auch der letzte Arbeitswillige Arbeit bekommen, und damit hat der Führer bereits im dritten Jahre seiner Regierung sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu bannen, eingelöst.

Wir feiern den 1. Mai 1935 als einen Tag des Befinnens, des Stolzes, der Freude und der Verpflichtung, die in folgenden

zehn Punkten für die Arbeiten der kommenden Zeit festgelegt sei.

1. Wir grüßen den Führer am Morgen und danken ihm am Abend dafür, daß er uns Lebenswillen und Lebenshoffen neu geschenkt hat.
2. Wir wollen wetteifern, dem Volksgenossen zur Linken und zur Rechten Gutes zu tun und ein guter Kamerad zu sein, weil wir wahre und ehrliche Sozialisten sein wollen.
3. Wir wollen nie mehr von der Gemeinschaft fordern, als jeder einzelne von uns bereit ist, der Gemeinschaft zu geben.
4. Der Kampf soll unseres Lebens Inhalt sein, weil wir wissen, daß der Himmel nur dem die Freiheit schenkt, der bereit ist, sein Letztes dafür einzusetzen.
5. Die Arbeit sei unsere Ehre und die Leistung allein unterscheidet den einen vom anderen.
6. Die Ehre der Nation sei unsere persönliche Ehre! Vom Glück und Wohlstand der Nation hängen mein persönliches Glück und mein persönlicher Wohlstand ab.
7. Wer etwas leistet, soll fordern.
8. Eine gerechte Interessvertretung ist notwendig; jedoch haben die persönlichen Interessen dort aufzuhören, wo das Interesse der Gemeinschaft beginnt.
9. Man darf sich niemals auseinanderreißen, sondern immer zusammenraufen.
10. Seid untereinander wahrhaftig und ehrlich. Bannt aus euren Reihen Hinterhältigkeit und Verrat!

Sodann macht Dr. Ley Mitteilung von einer am 26. März 1935 in Leipzig zwischen dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht, dem Reichsarbeitsminister Selbige und ihm unter der Schirmherrschaft des Führers getroffenen Vereinbarung, die einen Wendepunkt im Aufbau und in der Arbeit der Deutschen Arbeitsfront bedeutet. Danach sind die Männer und Frauen der Deutschen Arbeitsfront

für reif und würdig erklärt worden, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen

und im Rahmen einer sozial- und wirtschaftspolitischen Selbstverwaltung ihr Schicksal selber zu formen. Dieser Selbstverwaltungskörper, Vertrauensrat, Arbeitsausschuß, Gau-Arbeits- und Wirtschaftsrat, Reichs-Arbeits- und Wirtschaftsrat, wird innerhalb der Deutschen Arbeitsfront, in Verbindung mit den Amtswaltern der Deutschen Arbeitsfront und den Treuhändern des Staates, all diese aufgegebenen Aufgaben zu meistern haben. Der Aufbau dieser sozialpolitischen Selbstverwaltung wird in Kürze vollendet sein.

Der Aufruf schließt mit dem Appell, wetteifern im Geiste der Gemeinschaft, wobei alle kleinlichen persönlichen Dinge im Interesse des Aufbaues der Nation und für die Kraft des Existenzkampfes des deutschen Volkes zurückgestellt werden sollen.

Portugal (17 Fehler). Die Gewinner des wertvollen Preises, dessen Austragung 10 000 Zuschauer bewohnten, waren Rittmeister Momm auf Baccarat, Oberleutnant R. Gasse auf Olaf und Oberleutnant Brandt auf Lora. Es folgten dann, wie der DNB-Sportdienst meldet, folgende Nationen: 4. Italien 28 Fehler; 5. Belgien 28 Fehler; 6. Türkei 30,75 Fehler; 7. Holland 36 Fehler; 8. Frankreich 52 Fehler; 9. Spanien 55,50 Fehler; 10. Rumänien 68 Fehler; 11. Schweiz 97,75 Fehler.

Ein unheimlicher Fund.

In einem Keller in Kalkutta wurden bei Abbrucharbeiten die Skelette von fünf Tanzmädchen gefunden, die seit drei Jahren verschwunden waren. Im Laufe von wenigen Monaten waren damals acht indische Tänzerinnen, die wertvollen Schmuck besaßen und größere Summen haren Geldes in ihren Wohnungen aufbewahrten, plötzlich wie vom Erdboden verschwunden. Man hat zwei Inder verhaftet, die mit den Mädchen befreundet waren und die anscheinend in Gemeinschaft mit anderen bisher noch unbekanntem Verbrechern die Mädchen nach und nach in ihr Haus gelockt und dort ermordet und beraubt haben. Zwei der Mädchen konnten an ihren Kleidern identifiziert werden. Sie waren in Gemeinschaft mit den beiden Verhafteten im Oktober 1933 bei einem Fest gesehen worden, wo die Mädchen ihren gesamten Schmuck trugen und großes Aufsehen wegen der kostbaren Juwelen erregten.

25 Jahre Prozeß.

Ein seit 25 Jahren schwebender Prozeß des Müllers Doisy in Denain gegen die französische Regierung hat jetzt mit dem Sieg des Müllers geendet, der einen Schadenersatz von 20 000 Mark zugesprochen erhielt. Der Müller war in der Lage, Dokumente vorzuweisen, die bis in die Zeit König Karls des Kahlen zurückgehen und die ihm das alleinige Recht der Benutzung des Wassers zum Betriebe seiner Mühle gewähren.

In den verschiedenen Jahrhunderten haben die französischen Könige dieses Recht immer wieder bekräftigt, und selbst die Nachhaber der französischen Revolution haben den Vorgängern des Müllers das alleinige Recht des Wassers zum Betriebe seiner Mühle wieder gewährt. Die Verhandlung ergab, daß durch die Ableitung von Kanälen der Mühle tatsächlich so viel Wasser entzogen wurde, daß die Mühle nicht mehr betrieben werden konnte. Infolgedessen wurde die Regierung nicht nur zu dem Schadenersatz sondern auch zum Ersatz von mehr als 7000 Mark für Sachverständigengutachten verurteilt.

Unsere Feier werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesen Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Bommerellen.

30. April.

Graudenz (Grudziadz)

Eindrücke nach der neuen Marktgestaltung.

Die Befürchtung, die viele Kaufleute im Zentrum der Stadt und überhaupt dort, wo bisher die Wochenmärkte abgehalten wurden, hegten, daß ihre Umsätze infolge der Fortnahme der Märkte ganz bedeutend sinken würden, hat sich in trauender Weise bewahrheitet.

Daß unter diesen Umständen diese Ladeninhaber mit besonderer Sorge in die Zukunft blicken und die Annahme hegen, daß sich die Kalamität für die Folge noch steigern werde, liegt auf der Hand. Und dabei haben doch gerade die Geschäftslente unter den Steuerlasten schwer zu leiden.

Wie man hört, will die interessierte Kaufmannschaft bei der Stadterwaltung Schritte in diesem Sinne tun. Bei dieser Gelegenheit möge auch noch eine Klage mancher Geschäftsinhaber Platz finden, nämlich daß auf den Wochenmärkten Spitzen, Blechwaren, Holzartikel u. dgl. verkauft werden: das, so sagen die betreffenden Kaufleute mit Recht, gehört nicht auf den Wochenmarkt.

Das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit konnten am letzten Sonnabend Rentier Hermann Schnitzler und seine Gattin Mathilde geb. Daum von hier begehen. Die Feier fand beim Sohne der Schnitzlerschen Eheleute, dem Besitzer Erich Schnitzler in Gatsch bei Graudenz, statt.

Herzlichsten Dank. Graudenz, den 28. April 1935. Hermann Schnitzler und Frau.

* Nichtigstellung. In unserer Ausgabe vom 28. April hat sich in den Bericht über die außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Schulvereins Graudenz vom 25. April ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen.

× Eine polizeiliche Razzia fand in der Nacht zum Sonntag statt. Festgenommen wurden 48 Personen, darunter vier weibliche. 27 davon konnten noch am gleichen Tage nach Feststellung ihrer Identität entlassen werden.

× Die Polizei konnte in drei Fällen in der Nacht zum Sonntag Spitzbuben ihre Beute abjagen. Die Täter warfen ihre Last (Kohlen bezw. Lebensmittel) fort und flohen.

Thorn (Toruń)

Das zweite Opfer der Weichsel.

Tragische Folgen übermäßigen Alkoholgenußes.

Am Sonnabend abend begab sich der 41jährige Jan Koperck zusammen mit dem ihm befreundeten 33jährigen Piotr Popadeniec, von Beruf Drechler, um einem seiner Bekannten einen Besuch abzustatten, auf dem am Weichselufer liegenden Dampfer „Posejdon“.

v Von der Weichsel. Der Wasserstand erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 10 Zentimeter und betrug Montag früh bei Thorn 1,60 Meter über Null.

v Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 21. bis 27. April d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 26 eheliche Geburten (zur Hälfte Knaben und Mädchen) und 2 uneheliche Geburten (Knabe und Mädchen) zur Anmeldung und Registrierung.

v Die städtischen Schulen wurden am 1. April d. J. von 8350 Kindern besucht, darunter waren 4263 Knaben und 4087 Mädchen.

Trinket SZCZAWNICA JÓZEFINA

bei Husten, Heiserkeit und Verschleimung.

2667

der der katholischen und die anderen Kinder anderen Religionsgemeinschaften an. In den Kinderkrippen waren 414 Kinder (146 Knaben und 268 Mädchen) untergebracht.

v Die neuen Bohnhängerblöcke, die die Pensionskasse der Arbeiter der Staatseisenbahn in Posen auf der Vorstadt Morder in der Graudenzstraße (Grudziadzka) errichtete, wurden am Freitag in feierlicher Weise eingeweiht.

v Aus dem Gerichtssaal. Der Arbeitslose Josef Kozek, wohnhaft in Bromberg, stellte verschiedene Gipsfiguren her, die er mit Genehmigung des Magistrats verkaufte.

× Nach Hause zurückgekehrt ist am Sonnabend die seit dem 24. April vermißt gewesene Marja Drazkówna, über deren Verschwinden wir berichtet hatten.

× Kohlendiebstahl. Kurz vor Mitternacht zum Sonntag sprangen auf der Bahnstrecke zwischen Thorn-Stadt und Thorn-Morder mehrere Männer auf einen Kohlenwaggon des Zuges Nr. 552, von dem sie Kohlen abzuwerfen begannen.

× Der letzte Polizeibericht verzeichnet die Festnahme von je vier Personen wegen Diebstahls. Ein wegen Trunkenheit Sistierter wurde nach erfolgter Ausnüchterung der Burgstarosteie zwecks Verurteilung angeklagt.

Bereine, Veranstaltungen

und besondere Nachrichten.

Über den deutschen Klaviermeister Johannes Strauß, der am Sonnabend, 4. Mai, 20 Uhr, im Deutschen Heim gastierte, schreiben u. a. der „Völkische Beobachter“: „Wir haben in Strauß wieder einen Chopinspieler größten Formats.“

Ronig (Chojnice)

tz Einen sehr interessanten Vortrag hielt am Sonntag nachmittag im Hotel Engel Prof. Dr. Manthei im Verband Deutscher Katholiken über Erlebnisse auf einer Touristenfahrt durch die Baltischen Länder.

tz Der letzte Wochenmarkt brachte Landbutter zu 1,00—1,20, Molkereibutter zu 1,25—1,30, Eier zu 0,60—0,70 Zloty.

Graudenz.

Für die o zahlreichen Glückwünsche zu unserer Diamantenen Hochzeit lagern wir allen Verwandten und Freunden, insbesondere auch den Herren Pfarrern Gürtler und Dieball, sowie dem Poltaunenchor 3839

herzlichsten Dank.

Graudenz, den 28. April 1935. Hermann Schnitzler und Frau.

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz, empfindlich sich 3837

Ravella R. Jeska, Dworcowa 23—25.

Frühlingsfest 2. Mai

im Gemeindehaus. Anf. nachm. 5 Uhr

Deutscher Frauen-Verein f. Armen- u. Krankenpflege. Der Vorstand. 3510

l. A.: Fr. Hildegard Schulz.

Herren-Damenreiser

A. Orlikowski, Drogowa 3 am Fischmarkt Dauerwellen, Wasserwellen, Ondulation, Farben. 3705

Schlaflofa

billig zu verkaufen. Zu erfr. b. Arnold Kriedte, Mickiewiczza 10. 3835

2-3-Wohnung

m. Küchenbenutzung a. Damen od. Ehep. gleich oder später zu vermieten. Szewska 13, I. 3816

Möbl. Zimmer

zu vermieten 3838 Awlatowa 13, Wbg. 3.

Thorn.

Sonnabend, den 4. Mai 1935, 8 Uhr abends im Deutschen Heim in Toruń 3830

Konzert

des Pianisten Johannes Strauss aus Berlin des deutschen Klaviermeisters u. großen Chopin-Spielers, der aus Werken von Fr. Chopin, Fr. Schubert u. Joh. Brahms spielen wird.

Verein der Kunstfreunde in Toruń und Umgegend.

Teppiche und Läufer

Große Auswahl — Niedrige Preise nur bei 3025

W. Grunert, Toruń, Szeroka 22, Tel. 1990.

Im Commer

Sprechstunden von 9-12 und 3-5.

Zahnarzt Davitt, 3829 Strumstowa 2.

Kaufen Sie Ihre

Augenläser

nur bei 3001

Gustav Meyer

Optisches Institut

Zeglarska Nr. 23

Gear. 1861 Tel. 248.

Original-Rekord

DAS BESTE RAD

Gold und Silber

(Gold u. alte Schmuckst.)

Laut E. Lewgowski,

Uhrmachermeister, 3859

Toruń, Moskwa 34.

Eine historische Analogie Wilhelm II. — Hitler, Alexander III. — Titwintow.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Das französisch-russische Bündnis wird — nach den letzten Meldungen zu schließen — demnächst zur Tatsache werden. In Polen ist man davon aus einer Reihe von ganz triftigen Gründen durchaus nicht erbaut; diese Stimmung färbt auf die Haltung der gesamten polnischen Presse Rußland gegenüber stark ab. Die polnische Presse stand in der letzten Zeit in der vorerwähnten Reihe der europäischen Publizistik, die Frankreich vor einer gefährlichen politischen Verbindung mit Sowjetrußland warnte und den Widerstand eines großen Teiles der französischen Öffentlichkeit gegen die Allianz mit Rußland moralisch stärkte. Unter den polnischen Publizisten war es insbesondere der selbst von Nadek als der über Rußland am besten orientierte politische Schriftsteller Polens bezeichnete außenpolitische Leitartikler des „*Nietygodny Kurjer Codzienny*“, K. Srokowski (Pom.), — welcher den sehr problematischen Wert Sowjetrußlands als Bundesgenossen für Frankreich wiederholt nachzuweisen bestrebt war.

Wie unter einem fatalistischen Zwang reihen sich aneinander und verschlingen sich die Ereignisse in einer kurz vorher kaum denkbaren Weise zu vielleicht unlöslichen Knoten. Die Leitung der polnischen Außenpolitik ist in diesem gefährlichen Augenblick überaus aktiv, doch hat die Publizistik in die Einzelheiten dieser Wirksamkeit keinen Einblick, weshalb sie gegenwärtig sichtlich desorientiert und sozusagen auf einer Seitenbahn geraten ist, wo sie sich mit dem Stichwort Italien behilft. Diese Unterbrechung des Anschlusses an das Hauptkampfgebiet benutzten beträchtlichere Geister, Umschau zu halten und sich mittelst historischer Rückblicke ein Augenmaß für die gegenwärtigen Geschehnisse zu bilden. K. Srokowski findet ein — übrigens uneigennütziges und ganz tendenzloses — Vergnügen darin, sich eine gewisse historische Analogie zu vergegenwärtigen, die im europäischen Raum, ständig zu beobachten ist, ohne sich allerdings über die Gegebenheiten Rechenschaft abzulegen, die ein analoges Handeln bedenktlich erscheinen lassen. Er widmet dem kommenden Bündnis zwischen Frankreich und Rußland folgende lesenswerte Betrachtung:

„Von den Unterschieden der Zeit und der Charaktere der handelnden Hauptpersonen abgesehen, kann man dennoch nicht umhin festzustellen, daß die Außenpolitik des Kanzlers Hitler in ihren hauptsächlichen Richtlinien eine Wiederholung des politischen Konzeptes ist, mit dem vor fünfzig Jahren Kaiser Wilhelm II. sein persönliches Regime begonnen hatte. Dieses Konzept war sehr einfach. Von der Voraussetzung

einer dauernden Freundschaft Deutschlands mit England

ausgehend, brachte es eine grundsätzliche gegen Rußland gerichtete Orientierung. In der traditionellen Politik Preußens, die seit dem siebenjährigen Kriege eben auf die Freundschaft mit Rußland gestützt war, bildete dieses Konzept eine ebenso radikale, wie folgenschwere Änderung.

Nach den zwei siegreichen Kriegen mit Österreich und Frankreich und nach der durchgeführten Einigung Deutschlands zu einem mächtigen Staate, begann der Eisernen Kanzler Bismarck eine Politik des *Gesättigtseins*, also des Konserwatismus und des europäischen Gleichgewichts zu führen. Doch der Gedanke an die französische Revanche ließ ihm keine Ruhe. Der geniale Politiker kannte zu gut die Natur der Politik und die Eigentümlichkeiten seines Handwerks, als daß er sich von den Befürchtungen frei machen konnte, daß Frankreich bei diesem seinem Streben nach Vergeltung Bundesgenossen finden könne. Er pflegte auch von sich selbst zu sagen, daß

das Gespenst einer antideutschen Koalition,

oder wie er sich ausdrückte: „le cauchemar des coalitions“ ihn nicht schlafen lasse.

Um eben diese Koalition unmöglich zu machen, schloß Bismarck am 7. Oktober 1879 ein geheimes *Defensivbündnis* mit Österreich, das als der von Deutschland geschlagene Staat die größte Gefahr einer Verbindung mit Frankreich gegen Deutschland darstellte. Vom durchdringenden Denken und der Plastik der politischen Einbildungskraft Bismarcks zeugt die Tatsache, daß er schon im Jahre 1866, während der Verhandlungen über den österreichisch-preussischen Frieden in Nikolsburg seine ganze Autorität in die Waagschale warf und sich jeder territorialen Schmälerung Österreichs oder der Anferlegung von ungerechten oder demütigenden Bedingungen widersetzt hat. Als der preussische König Wilhelm selbst und alle seine Generale gegen diese unerhörte und für sie unverständliche Uneigennützigkeit des Siegers gegenüber dem Besiegten Stellung nahmen, drohte Bismarck sogar mit dem Selbstmord, wenn sie bei irgend welchen Annexionen zum Schaden Österreichs beharren sollten. Schließlich hat Wilhelm dem gewaltigen Willen Bismarcks nachgegeben, aber dafür wenigstens in dem nach dem Kriege an die Nation gerichteten Manifest ausdrücklich gesagt, daß er zu seinem Leidwesen seiner Nation keine den errungenen Siegen entsprechenden Erwerbungen und Vorteile bringe und daß dieses infolge des hartnäckigen Widerstandes seines eigenen Kanzlers geschehen sei. Und ein solches Manifest hat der „hartnäckige Kanzler“ in aller Ruhe gegengezeichnet. Schon damals dachte er nämlich an ein Bündnis mit Österreich, vor allem aber daran, Österreich zu einem Zusammengehen mit Frankreich in einem Kriege nicht zuzulassen, den er eben für die nächste Zeit gegen Frankreich vorbereitete. (Hier hat den Verfasser offenbar die richtige Schlussfolgerung im Stich gelassen. — D. Red.)

Nach den großen deutschen Siegen

erfuhr die traditionelle preussisch-russische Freundschaft eine Abkühlung.

In Petersburg hat man begriffen, daß in Berlin anstelle eines hundertjährigen schwachen Schützlings ein gleichberechtigter und in vieler Hinsicht sogar stärkerer Partner, gegebenenfalls sogar auch ein Nebenbuhler entstanden ist. In Übereinstimmung mit dieser Änderung wurde auch die bisherige politische Linie dem neuen Deutschland gegenüber revidiert, und man gab ausdrücklich zu verstehen, daß von nun an Rußland der weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa zugunsten des geeinten Deutschlands nicht gleichgültig zusehen werde.

Als nach dem russisch-türkischen Kriege auf dem Berliner Kongress im Jahre 1878 Bismarck, wiewohl er als „ehrlicher Makler“ auftrat, in vielen Fällen für England

sowie Österreich und gegen Rußland Partei genommen und dazu beigetragen hatte, daß letzterem die wichtigsten Beutestücke dieses Krieges vorenthalten wurden, haben sich die antideutschen Gefühle in Petersburg noch mehr befestigt.

Als Antwort darauf hat Bismarck den erwähnten Geheimvertrag mit Österreich abgeschlossen, zu dem er drei Jahre später noch Italien hinzugezogen hat. Da er aber gleichzeitig Rußland nicht in die Arme Frankreichs treiben wollte und Rußland zu überzeugen bestrebt war, daß das Bündnis mit Österreich ein rein defensives war und kein Element des Angriffs Rußland gegenüber enthielt, bemühte sich Bismarck vorerst um die Wiederaufnahme persönlicher herzlicher Beziehungen zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Zaren Alexander, zuerst noch mit Alexander II., bald aber auch mit dessen Sohne Alexander III., und hat nach dem Zusammentreffen der Monarchen in Skierniewice im Jahre 1883

das bekannte Rückversicherungsabkommen mit Rußland

abgeschlossen, das natürlich ebenfalls geheim war und der Österreichischen Regierung offiziell niemals zur Kenntnis gegeben wurde.

„So sah die kunstvolle Politik Bismarcks aus, die er selbst in seinen Erinnerungen als „Jonglieren mit fünf Kugeln“ (Rußland, Österreich, England und Italien) oder als die Kunst bezeichnete, „zwei Eifen im Feuer zu halten“, d. h., Rußland durch Österreich und umgekehrt Österreich durch Rußland in Schach zu halten. Bei aller Kunst des Balancierens und der fortwährenden Manöver war das unzweifelhaft eine realistische Politik des Gesättigtseins und des Konserwatismus.

Wilhelm II. hat, nachdem er die Gewalt übernommen hatte, zugleich mit Bismarck, diese kunstvolle und scharfsichtige, für sehr lange Zeiträume berechnete Politik gestürzt. Am 18. März 1890 erbat Bismarck die ihm vom jungen Kaiser ausgenützte Demission. Und schon drei Tage später hat Kaiser Wilhelm bei einem in Berlin zu Ehren der dort zu Gaste weilenden Prinzen von Wales, Eduard, des späteren Königs Edwards VII., und seines Sohnes Georg, des jetzigen englischen Königs, gegebenen Bankett die Welt in Erstaunen versetzt durch eine große politische Rede, welche die ewige und glühende deutsch-englische Freundschaft und das treue Zusammenwirken der britischen Flotte mit der siegreichen deutschen Armee behandelte.“

Nach dieser Rede folgte „ein Zyklus von politischen Akten, die keinen Zweifel darüber mehr obwalten ließen, daß Wilhelm II. einen

ganz neuen politischen Kurs, nämlich mit England gegen Rußland

genommen hat. Als nun aber einige Monate darauf vollends die ganz formelle Kündigung des Rückversicherungsabkommens mit Rußland, d. h. des damaligen *Rapallo* erfolgt war, unterlag die Festlegung der antirussischen und anglophilen Politik Wilhelms für die ganze übrige Welt bereits keinem Zweifel mehr.“

In den weiteren Ausführungen des Kratauer Publizisten heißt es dann: „Die wichtigste Folge der plötzlich geänderten deutschen politischen Orientierung drückte sich darin aus, daß Alexander III. dem schon seit Jahren wachsenden Drängen und den Bemühungen Frankreichs nachgab und sich zum Abschluß zuerst eines allgemeinen französisch-russischen Bündnisses und zwei Jahre später einer eingeleiteten gegen Deutschland gerichteten Militärkonvention entschloß.“

„Die Vorbereitungen zu diesem Bündnis dauerten lange und stießen auf einen sehr starken Widerstand Alexanders III., der, weil er sich als russischer Selbstherrscher und dazu berufen fühlte, den Glanz der selbstherrlichen Herrschaftsmacht der Romanows zu hüten, sich lange Zeit mit dem Gedanken nicht versöhnen konnte, daß er eine Freundschaft und ein militärisch-politisches Bündnis mit der ba-

Rußland arbeitet gegen Polen.

Der konservative „*Gaz*“ beschäftigt sich eingehend mit den Ursachen der Störung, die in den Verhandlungen über den Abschluß des französisch-russischen Paktes eingetreten ist und sucht den Schwierigkeiten gerecht zu werden, welche die Lage Frankreichs charakterisieren. Im Verlauf der Darstellung der Lage Frankreichs kann das Blatt nicht umhin, die Rolle hervorzuheben, die in dem ganzen Komplex besonders Polen zufällt, und auf die schwierige Lage Polens hinzuweisen. „In der Sache des Weistandspaktes zwischen Rußland und Frankreich“ — schreibt das konservative Blatt u. a. — „bestehen Schwierigkeiten und zwar ernsthafte; die Situation Frankreichs ist um so schwieriger, als im Falle, wenn das Bündnis mit Rußland scheitert, Frankreich Gefahr läuft, daß ein Teil der Balkenstaaten und ein Teil der Kleinen Entente von ihm abfallen. Frankreich müßte, wenn eine Verständigung mit Rußland nicht zustande käme, sich zu einem sehr energischen coup de théâtre auch im Donauraum entschließen; dies ist aber keine leichte Sache.“

„Ein Wunder, daß die Anhänger der russischen Orientierung in Frankreich mit aller Kraft daran arbeiten, die Situation zu retten. Aus diesen Kreisen sind vermittelt die „*Salut publique*“ und der Pariser „*Republique*“ die „*Entstellungen*“ über ein polnisch-deutsches Geheimabkommen hervorgegangen, das für die nächsten zwei Jahre verpflichtend soll.“

„Ein Errinkender greift auch nach einem Rasiermesser“ — heißt es weiter. „Zur Rettung des russisch-französischen Paktes werden von der Sowjetseite aus durch die russophilen Organe der französischen Presse „*Beispiele*“ dafür inspiriert, wie der gegenseitige Weistand aufzufassen sei und wie bedrohlich sich die Lage in Osteuropa für Rußland darstelle.“

Man tut dies natürlich auf Kosten der polnisch-französischen Beziehungen.

„Die jüngste deutsche Erklärung in der Frage des Ostpaktes hat freilich diese Aktion um ein Argument gebracht. Mit dem Augenblick, da Deutschland erklärt hat, es habe gegen den Abschluß gegenseitiger Weistandspakte zwischen dem Teilnehmer des Ostpaktes nichts einzuwenden, kann man gegen Polen nicht mehr den Vorwurf erheben, daß es auf Berlin Rücksicht nehme, wenn es sich den russischen Weistandspalten widersetzt. Es bleiben lediglich unsere Interessen übrig. Wie rück-

wärts radikalsten europäischen Demokratie, mit der Französischen Republik, welche doch unmittelbar an die Tradition der großen Revolution angeknüpft hatte, einzugehen habe. Aber die oben erwähnte Märzrede, die Wilhelm II. an die englischen Gäste gerichtet hatte, und dann seine ausgesprochene anglophile und antirussische Politik, haben schließlich den Widerstand Alexanders III. gebrochen. Im Sommer 1891 willigte dieser ein, daß die französische Kriegsstärke unter Führung des Admirals Gervais am 13. Juli in Kronstadt zu Besuch einliefe. Der Zar selbst hat dem französischen Admiral auf dessen Schiff einen Gegenbesuch abgestattet und stehend

zum ersten Mal in der Geschichte die Marseillaise als Staatshymne der Französischen Republik anerkannt.

„Einen Monat darauf, am 22. August 1891, wurde der Text des Bündnisdokuments zwischen Rußland und Frankreich paraphiert und dann vom Zaren Alexander im Oktober desselben Jahres unterzeichnet. Ein Memoirenschreiber erzählt, daß, als man Alexander III. den Akt des Bündnisses mit Frankreich zur Unterzeichnung vorgelegt hatte, er sich von seinem Beifall erhob, sich feierlich vor den Heiligenbildern bekrugte und sagte:

„O Gott, mache, daß diese Hand eher verrotte, als daß diese Unterschrift Rußland zum Unglück gereiche und zur Zerstörung der Grundlagen von dessen Kraft und Größe führe.“

„Bekanntlich ist die Hand Alexanders III. nach der Unterzeichnung des Vertrages nicht verrotten. 23 Jahre später wurde Rußland in einen Krieg hineingezogen, den es verlor. Es wurde in eine Revolution gestürzt, die bis um heutigen Tage fort dauert.“

Der Verfasser dieses historischen Rückblicks zieht aus ihm folgende geschichtphilosophische Rußanwendung:

„Das in der Politik mächtige Gesetz der Analogie besteht darin,

daß ähnliche Ursachen immer ähnliche Folgen hervorrufen.

Ebenso wie vor fünfzig Jahren die plötzliche antirussische Schwendung des damals jungen Kaisers Wilhelm das Wunder vollbracht hatte, daß der konservative und reaktionärste russische Autokrat Alexander III. trotz des inneren Ekzels und der schlimmsten Meinungen sich entschlossen hat, mit der Französischen Republik ein Bündnis abzuschließen, so bewirken jetzt die stark betonten antirussischen Bestrebungen der Politik des III. Reichs bei dem gleichzeitig ungeklärten Verhältnis zu Frankreich das nicht mindere Wunder, daß nämlich ein bedeutender Teil des konservativsten französischen Bürgertums immer stärker auf den Abschluß eines Bündnisses mit dem bolschewistischen Rußland hindrängt.

„Die Erfahrung lehrt somit in beredter Weise, daß die politischen Formen, die im gegebenen Augenblick die Staaten haben, niemals ein genügend starkes Hindernis bilden für eine Verständigung und ein Bündnis zwischen ihnen, wenn sie sich durch einen dritten Staat bedroht fühlen. Der Schüler Pobjedonoszew, der letzte wirkliche russische Autokrat Alexanders III., hörte stehend die Marseillaise an, für deren Anstimmten seine eigenen Untertanen noch lange nachher nach Sibirien wandern mußten. Jetzt aber sind urechte Bourgeois und integrale französischer „Besitzer“ bereit, Tränen der Rührung bei den Klängen der „*Internationale*“ zu weinen, die ihnen selbst doch so grauenvolle Dinge verkündet.“

„Es liegt in der Natur einer jeden als einer in ihrem Wesen defensiven Organisation, daß seine außenpolitischen Raisons auch über die stärksten innerpolitischen Raisons das Übergewicht haben.“

„Das Gesetz der Analogie ist mächtiger als alle anderen das Zusammenleben der Staaten und Völker beherrschenden Gesetze. An den Vorgängen bei der jetzt vor sich gehenden Formung des französisch-russischen Bündnisses können wir uns aufs nachdrücklichste davon überzeugen. Die Geschichte kopiert sich selbst zwar niemals slavisch, aber mit unbarmherziger Treue hält sie an den Grundlinien ihrer immer anderen Zeichnungen und Muster fest.“

sichtslos sie von gewissen russischen Faktoren behandelt werden, geht aus einem sehr lehrreichen Gespräch hervor, das Sauerwein mit einem sowjetrussischen Sachverständigen in Genf hatte, und das er im „*Paris Soir*“ veröffentlicht hat. Der betreffende Sachverständige sagte den russischen Weistand im Falle eines Angriffs Deutschlands gegen Frankreich folgendermaßen auf: „Wenn Polen als Bundesgenosse Frankreichs auftreten wird, ist sehr leicht die Frage zu beantworten, wie wir Deutschland angreifen werden. Wenn Polen neutral bleibt, ist es als Mitglied des Völkerbundes verpflichtet, durch sein Gebiet die Truppen durchzulassen, welche die Empfehlungen des Völkerbundes gegen den Angreifer auszuführen haben. Wenn Polen sich feindlich verhalten wird, werden wir es angreifen. Wir können übrigens

durch Rumänien und die Tschechoslowakei marschieren.“

Außerdem steht uns Litauen offen.“

„Das heißt“ — bemerkt der „*Gaz*“ treffend — „die Kunst verstehen, gordische Knoten zu durchhauen. Daß nur das Schmerzt an diesem Knoten nicht schartig werde! Eine allzu große Vereinfachung von Problemen führt nämlich nicht immer zum Ziel. Natürlich überlassen wir es sachverständigen Federn, darüber zu urteilen, wie ein Durchmarsch russischer Truppen durch Rumänien und die Tschechoslowakei aussehen und zumal was von diesen Truppen bei diesem Marsch übrig bleiben werde.“

Wir erlauben uns bloß zu bezweifeln, ob es so leicht sein werde, den Völkerbundpakt mit den Voraussetzungen des russischen Informators des „*Paris Soir*“ sowie die Bündnisverpflichtungen Polens gegenüber Frankreich mit den Bestrebungen Rußlands zu vereinbaren.

Wir haben ein Bündnis mit Frankreich ohne Beteiligung eines „dritten Bundesgenossen“ abgeschlossen.

„Das Auftauchen dieses „Dritten“ bedingt für uns keinerlei Verpflichtungen, die im Jahre 1922 nicht eingegangen wurden. Das würde sehr lange und erschöpfende Verhandlungen bei geringen Erfolgsaussichten erfordern.“

„Die Sache muß klar ausgedrückt werden: Das polnisch-französische Bündnis soll durch das russisch-französische Bündnis ersetzt werden. Wir beharren bei unseren Verpflichtungen, aber wir haben keinen Grund, es Rußland zu erleichtern, daß es uns aus dem im Verhältnis zu Frankreich eingenommenen Standpunkt herausmanövriere.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die drei polnischen Prämienanleihen.

Gegenwärtig gibt es in Polen drei Prämienanleihen. Die erste Anleihe dieser Art...

Insgesamt erreichte die Dollarprämienanleihe eine Emissionshöhe von 6.940.000 Golddollar...

Die zweite polnische Prämienanleihe ist die 4prozente Investitionsanleihe...

Auf Grund der günstigen Ergebnisse dieser ersten beiden Prämienanleihen...

Die polnische Investitionsanleihe und Danzig.

Die polnischen Banken in Danzig haben vom Danziger Senat ein Schreiben erhalten...

Verständigung zwischen den Rübenbauern und Zuckerrübenfabriken.

Die polnische Zuckerindustrie und die Rübenbauern in Polen sind eine Verständigung...

Schaffung einer Elektrizitätsliga in Polen?

Wie der der polnischen Regierung nahestehende Kurier 'Poranny' erfährt...

Rußlands Außenhandel im Februar 1935.

Die Entwicklung des Sowjetaußenhandels im Februar 1935 war weiterhin rückläufig...

Danzig und Gdingen machen gemeinsame Propaganda. Die Hafenverwaltungen...

Viehmarkt.

London, 29. April. Amtliche Notierungen am englischen Viehmarkt...

Das Silber-Problem wieder im Vordergrund.

Was bezweckt Roosevelts Silberpolitik?

Das Silber gehört in den Vorstellungen der Gegenwart zu den Grundlagen einer Währung...

Die Bewegung, die nunmehr das Silber erfasst hat, ist von Washington ausgegangen.

Der Preis des Silbers hat sich gegenüber dem Stand im Vorjahre fast verdoppelt.

Silber ist eine Welt handelsware, und so ist es ohne weiteres erklärlich...

Die Frage ergibt sich ganz von selbst, was denn eigentlich die amerikanische Silberpolitik...

Das sind allerdings Zusammenhänge, die den breiten Massen des Volkes...

Geldmarkt.

Der Markt am 29. April. Danzig: Ueberweisung 57,77 bis 57,88...

Warschauer Börse vom 29. April. Umlauf. Verkauf - Kauf. Belaien 89,78...

Berlin, 29. April. Amtl. Devisenkurs: Newyork 2,478-2,482...

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 30. April.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 30. April.

Transaktionspreise:

Roggen - gelbe Lupinen - Beluchien - Einheitsgerste...

Richtpreise:

Roggen 14,25-14,50 Standardweizen 15,00-16,00...

Allegemeine Tendenz: ruhig. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer...

Roggen 350 to Weizen 572 to Mahlergerste - Braugerste...

Speisefartoffel - Fabrikartoff. - Saattartoffel...

Hafer 78 to Leinfuchsen - Peluchschrot - Rapsschrot...

Nachfrage, so daß gegenwärtig das Preisniveau in weitestem Maße künstlich ist.

So ist um das Silber eine Senfation entstanden, die von der Rooseveltschen Silberpolitik...

In einem ungarischen Blatt weist ein Volkswirt mit Recht darauf hin...

Der einzige Sinn der Rooseveltschen Silberpolitik besteht also darin...

Vor polnisch-türkischen Kompensationsverhandlungen. Trotz des zwischen Polen...

Amtliche Notierungen der Bolener Getreidebörse vom 29. April.

Table with 2 columns: Grain type (Weizen, Roggen, etc.) and Price range.

Gesamt tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 145 to...

Warschau, 29. April. Getreide, Mehl- und Futtermittel-Abfälle...

Umsätze 2826 to, davon 1167 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Marktbericht für Sämereien der Firma B. Sojalowski, Thorn vom 29. April.

Hamburg, Cit-Notierungen für Getreide und Alee vom 29. April.

Butternotierungen. Warschau, den 29. April. Großhandelspreise...